

Schweiz erhält ein zeitgemässes Tierseuchengesetz

MEDIENDIENST

Mit dem heutigen Ja der Stimmberechtigten erhält die Schweiz ein modernes Tierseuchengesetz. Damit kann der Bund bei künftigen Tierseuchen frühzeitig und koordinierend eingreifen. Bereits in einer Woche fassen die EVP-Delegierten in Solothurn die Parolen für die Volksabstimmung vom 3. März 2013. Mit der Abzockerinitiative, dem Raumplanungsgesetz und einer neuen Verfassungsgrundlage für die Familienpolitik stehen wichtige Vorlagen an.

Die EVP nimmt befriedigt zur Kenntnis, dass eine Mehrheit der Stimmberechtigten heute Sonntag dem revidierten Tierseuchengesetz zugestimmt hat und sich von den Argumenten der Referendumsführer nicht hat in die Irre führen lassen. „Der Bund erhält damit eine zeitgemässe Grundlage, um künftig bei einer Tierseuche frühzeitig und koordinierend eingreifen zu können“, stellt EVP-Nationalrätin Marianne Streiff fest. Wegen der Globalisierung und der immer dichteren Warenströme könnten sich Tierseuchen heute sehr rasch ausbreiten. „Es ist wichtig, dass sich der Bund den globalen Herausforderungen stellen kann“, begründet Marianne Streiff die gestärkte Rolle des Bundes. Der Bund habe bereits bisher Tierverluste wegen Tierseuchen entschädigt, aber nur ungenügend Massnahmen ergreifen können, um den Verlusten vorzubeugen. Doch wer bezahlt, sollte wenigstens mitreden können. Insgesamt hat die Schweiz mit dem heutigen Urnenentscheid ein modernes Tierseuchengesetz erhalten und ist für kommende Herausforderungen in diesem Bereich gut gerüstet.

Nach der Abstimmung ist vor der Abstimmung. Bereits am kommenden Samstag beraten die Delegierten der EVP Schweiz in Solothurn die Abstimmungsvorlagen für den 3. März 2013. Mit der Abzockerinitiative, dem Raumplanungsgesetz und einer neuen Verfassungsgrundlage für die Familienpolitik stehen wichtige Vorlagen an. Folgende namhafte und kompetente Referenten und Referentinnen versprechen eine spannende Diskussion: Zur Abzockerinitiative reden Initiant Thomas Minder (Ständerat SH, parteilos, Pro) und Pirmin Bischof (Ständerat, CVP, Contra), zum Raumplanungsgesetz Maja Ingold (Nationalrätin ZH, EVP, Pro) und Hans-Ulrich Bigler (Direktor des Schweiz. Gewerbeverbandes, FDP, Affoltern a. A., Contra), und der Bundesbeschluss zur Familienpolitik wird präsentiert von EVP-Nationalrätin Marianne Streiff.

Bern, den 25. November 2012/nh

Für Auskünfte:

Heiner Studer, Präsident der EVP Schweiz: 079 445 31 70

Nationalrätin Marianne Streiff-Feller: 079 664 74 57

Joel Blunier, Generalsekretär EVP Schweiz: 076 379 76 79

Niklaus Hari, Leiter Kommunikation EVP Schweiz: 079 202 72 27